

# Nannhofer Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna und Umgegend.

## Bezugspreis:

Frei ins Haus durch Kurträger  
Mk. 1.20 vierteljährlich  
Frei ins Haus durch die Post  
Mk. 1.30 vierteljährlich

Mit einem  
Illustrierten Sonntagsblatt  
und  
Landwirtschaftliche Beilage.  
Registriert unter Nr. 14 Tage.



Verlag und Druck:  
Günz & Gule, Nannhof.  
Redaktion:  
Aug. Franz Hauschild, Nannhof.

## Kündigungen:

Für Inserenten der Anstaltsverwaltung  
S. 10 bis 12 die fünf-  
spaltige Zeile, an erster Stelle und  
für Kundentage 13 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Nannhofer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluß der Anzeigenannahme: Samstag 11 Uhr am Tage des Erscheinens.

Nr. 13.

Sonntag, den 29. Januar 1905.

16. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

In der gestrigen 3. diesjährigen Sitzung ist folgendes beraten und beschlossen worden:  
1. Wegen des Bauvorhabens des Herrn Uthe, Errichtung eines Wohnhauses an der Langen-Strasse waren Bedenken nicht zu erheben, es sind die Bedingungen wegen der Kellerbohle, der Bauaufsicht und nötigenfalls der Landregelung einzuhalten.

Das Gesuch des Herrn Klempnermeister Becker um Bewilligung einer Ausnahme beim Wohnhausneubau an der Langen-Strasse war zu befürworten.  
Das Bauvorhaben des Herrn Kugel, Errichtung von Gemüchshäusern an der Großsteinberger-Strasse soll bedingungsweise befürwortet werden.

2. Das Holz auf dem Erdmannshainer Wiesengrundstück soll den 6. Februar zur Versteigerung gelangen, sofern sich vorher kein anderer Kaufabschluss erzielen läßt.

3. Die Reinigung des Fußweges und das Bestreuen bei Glätte vor der königlichen Oberförsterei soll seitens der Stadt erfolgen.

4. Das anderweitige Gesuch des Herrn Musikdirektor Luther um Anstellung als Stadtmusikdirektor wurde zunächst noch abgelehnt.

5. Das Ammoniakwasser im Jahre 1905 wurde an Herrn Rittergutsbesitzer Wiesner abgegeben.

6. Wegen einer für die Zukunft zu erwartenden Anordnung über die Nachreichung von Gasmessern wurde von einem Schreiben des Magistrats zu Hanau Kenntnis genommen, weiter machte man sich über die Nachprüfung eines hiesigen Gasmessers schlüssig.

Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

Nannhof, am 28. Januar 1905.

Der Stadtgemeinderat.  
Willer.

## Bekanntmachung.

Vom 1. Juli d. Js. an tritt voraussichtlich eine Aenderung in der Erhebung des Wasserzinses ein. Es kann deshalb auch die Entnahme von Wasser aus den Brunnenständen auf den städtischen Straßen und die sonstige Wasserabgabe aus der städtischen Leitung zu den bisherigen Preisen nur bis zum 30. Juni d. Js. zugestanden werden.

Den Beteiligten wird dieses mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß die späteren Wasserzinsätze veröffentlicht werden sollen.

Nannhof, den 28. Januar 1905.

Der Stadtgemeinderat.  
Willer.

## Bekanntmachung.

Die in Nannhof wohnenden, im Jahre 1885 geborenen Personen, sowie diejenigen, Militärflichtigen, über deren Dienstverpflichtung endgültige Entscheidung noch nicht erfolgt ist, haben sich in der Zeit

vom 15. Januar bis 1. Februar 1905

in der hiesigen Ratsexpedition zur Stammrolle anzumelden!

Die ersteren haben, wenn sie nicht in Nannhof geboren sind, ein Geburtszeugnis, die letzteren ihren Lösungsschein vorzulegen.

Von der Wiederholung der Anmeldung zur Stammrolle sind nur diejenigen Militärflichtigen befreit, welche für einen bestimmten Zeitraum von den Ersatzbehörden ausdrücklich hiervon entbunden oder für das laufende Jahr hinaus zurückgestellt worden sind.

Die Anmeldung zeitig abwesender Militärflichtiger liegt den Eltern, Vormündern, Lehr-, Brot- oder Fabrikherren ob.

Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berichtigung derselben unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Nannhof, am 3. Januar 1905.

Der Bürgermeister.  
Willer.

## Denkschrift über Kiautschau.

Dem Reichstage ist eine Denkschrift über die Entwicklung des Kiautschau-Gebiets in der Zeit vom Oktober 1903 bis Oktober 1904 vorgelegt worden. Die Entwicklung von Kiautschau hängt ab von der Erfüllung der Hoffnungen, die auf den Betrieb des Bergbaues im Hinterland von Kiautschau gesetzt worden sind. Mit deutschem Kapital ist bekanntlich eine Bahn von Kiautschau nach der Provinzhauptstadt Tsinanfu in einer Länge von 305 Kilometern erbaut, und ebenso eine Zweiglinie im Pochantale in der Länge von 40 Kilometern dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Beide Linien sind zur Erschließung von Kohlenfeldern bestimmt, deren Abbau deutsche Kapitalisten beabsichtigen. Die deutsche Bahn von Kiautschau nach der Hauptstadt der Provinz Schantung, Tsinanfu, ist am 1. Juni 1904, genau fünf Jahre nach dem Tage der Konzessionserteilung, dem Betrieb übergeben worden. Aus der Denkschrift ergibt sich leider nicht, ob der bisherige Betrieb der Bahn auch nur die Betriebskosten deckt. In der Denkschrift wird nur hervorgehoben, daß es eine anerkannterwerte Leistung deutscher Industrie ist, eine allen Anforderungen des Verkehrs entsprechende

normalspurige Bahn in dieser Ausdehnung in fünf Jahren betriebsfähig herzustellen, trotz der nicht unerheblichen Schwierigkeiten, die sich der Ausföhrung politisch durch die Boykottwären des Jahres 1900 und technisch namentlich durch die grenzenlose Verwahrlosung der Wasserläufe des Landes entgegenstellten. Nicht gerade sehr hoffnungsfreudig klingt die Bemerkung in der neuen Denkschrift: „für die künftige Entwicklung wird es vor allem darauf ankommen, daß der deutsche Kaufmann und Gewerbetreibende mit Umsicht, aber auch mit Wagemut sich der neuen Erwerbsgelegenheiten bedient, die ihm in der Kolonie und ihrem Hinterlande erschlossen worden sind.“ Die Zahl der auf der Bahn wöchentlich beförderten Personen beläuft sich auf 12- bis 15000 gegen 8- bis 10000 im Vorjahre. Der Güterverkehr in den ersten neun Monaten 1904 betrug 88000 Tonnen gegen 27000 Tonnen Fracht- und Eilgut im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Denkschrift spricht die Erwartung aus, daß durch die Eisenbahn und ihren Anschluß an den Hafen von Tsingtau nicht nur die Industrie von Schantung durch leichteren Absatz ihrer Erzeugnisse wie Seide, Strohhaflechts, Glas und Töpferwaren gehoben werden wird, sondern daß auch

der Landwirtschaft durch Erschließung von Märkten für Obst, Gemüse, Del, Tabak usw. aufgeholfen und dadurch die Kaufkraft der Bevölkerung und ihre Fähigkeit und Bedürfnis zur Annahme ausländischer Waren namhaft gehäuft werden wird.

## Die Wirren in Rußland.

In Petersburg scheinen sich die Gemüter immer mehr zu beruhigen. Trotz der Militärdiktatur bleibt der reformfreundliche Minister des Innern Fürst Swiatopolk-Mirsky auf speziellen Wunsch des Kaisers definitiv auf seinem Posten.

Priester Georgi Gapon, der flüchtig geworden ist, hat 35000 Rubel aus der Arbeiterkassette mitgenommen, vermutlich um das Geld vor der Konfiskation zu retten. Kleine Fabriken haben die Arbeit aufgenommen, in den großen soll damit am Montag begonnen werden.

Dagegen lauten die Berichte aus dem übrigen Reiche desto düsterer. In Moskau ist die Zahl der Streikenden bedeutend gewachsen, in Riga wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Militär 30 Personen getötet bzw. verwundet. Auch aus Liebau, Dorpat und Reval wird von Manifestanten gemeldet. In Helingsfors wurden bei einer Kundgebung, 5000 Arbeiter von der Polizei mit Säbelhieben angegriffen. Viele daran unbeteiligte Personen wurden verwundet. Zehn Personen erlitten Verletzungen am Kopf, eine wurde von einem Schuß an der Brust getroffen. Ein Polizist wurde durch eine Revolverkugel an der Hand, ein anderer im Rücken verwundet; alle diese Schüsse sollen von der Polizei selbst abgegeben sein. Die berittene Polizei teilte Antriebe aus. Die organisierten Arbeiter legten in der Presse Verwahrung gegen Kubelstürungen ein, denen sie fernstünden.

## Vom Kriegsschauplatz in Ostasien.

Seit Donnerstag hat eine allgemeine Schlacht begonnen. Die Verluste sind schon jetzt auf beiden Seiten beträchtlich. Der Kampf ist besonders heftig im Zentrum.

Nach einer Depesche aus dem japanischen Lager und zwar vom Hauptquartier Kuroki wurde dort gestern während des ganzen Tages ununterbrochen durch heftiges Artilleriefeuer vom Westen her gehört. Eine große Schlacht schien im Gange zu sein. Nach bei Kuroki eingegangenen Nachrichten haben die Russen auf dem linken japanischen Flügel den Hund überhand genommen. Eine japanische Streitmacht ist zum Angriff vorgegangen.

Nach Petersburger Meldungen erhalten sich dort Gerüchte, daß ominöse Nachrichten von Kuropatkin eintreffen. Einem Daily-Express-Telegramm zufolge erhielt das Kriegsministerium eine beunruhigende Meldung von Kuropatkin, auf welche hin sofort ein Kriegsrat stattfand. Der Petersburger Korrespondent des Daily Telegraph will von zuverlässiger Seite erfahren haben, Kuropatkin habe dem Zaren telegraphiert, seine Offensivkraft sei durch die hartnäckige Abneigung seiner Leute aus dem europäischen Provinzen, gegen den Feind vorzugehen schwer behindert. Sie unterschieden sich darin sehr von den sibirischen Regimentern und den Kosaken.

Nach Meldungen aus Tokio wird eine fünfte japanische Armee aufgestellt. Ende dieses Monats wird die ganze Armee Nogis mit Oyama vereinigt sein. Die Truppen befinden sich in vorzüglicher Verfassung. Alle Leute unter 40 Jahren werden einberufen. In Tokio liegen 30000 Verwundete.

## Verband sächsischer Industrieller und die Landtagswahlen.

Der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industrieller beschloß zur Frage der Landtagswahlen einstimmig: „In Uebereinstimmung mit dem vom Verband sächsischer Industrieller stets vertretenen Gedanken, daß eine Verhärtung des industriellen Einflusses im Landtag als Voraussetzung für eine industriefreundliche Wirtschaftspolitik angeht werden müßte, beschließt der Verband sächsischer Industrieller, bei den im Herbst d. J. stattfindenden Landtagswahlen für die Aufstellung von industriefreundlichen Kandidaten und für deren Unterstützung zu wirken. Der von dem Vorstand schon früher gewählte Ausschuss für die Landtagswahlen, dem auch 3 Landtagsabgeordnete angehören, wurde beauftragt, die Stellung des Verbandes zu den den Landtag beschäftigenden und für die Industrie in Betracht kommenden Fragen in einem Programm zusammenzufassen, welches nach Genehmigung durch den Gesamtvorstand den von bürgerlicher Seite aufgestellten Kandidaten übermittelte werden soll. Auf Anregung verschiedener Kreise nahm der Gesamtvorstand ferner Stellung zu der Frage der Erhebung von Schiffsabgaben auf freien Wasserstraßen und beschloß im Sinne seiner von der Generalversammlung 1903 gefassten Resolution gegen diese Aenderung der Reichsverfassung und der Elbschiffahrtsakte Einspruch zu erheben und das Ersuchen an die sächsische Regierung zu richten, diese Bestrebungen durch ihren Einspruch unmöglich zu machen, da der Widerspruch Sachsen genüge, die Erhebung der Schiffsabgaben zu verhindern.“ Endlich beschloß der Vorstand den Beitritt zum Zentralverein für Fluß und Kanalschiffahrt zu Berlin zu erklären und dessen Bestrebungen, die von großer Bedeutung für Sachsen sind, zu unterstützen.

## Besteuerung der Reichsbank.

Der Stadtrat zu Meißen hat neuerdings versucht, die dortige Reichsbanknebenstelle zu den städtischen Anlagen heranzuziehen und zwar auf eine Art und Weise, die, wenn sie die Genehmigung der oberen Instanzen findet, eine neuartige Besteuerung der Reichsbank in sämtlichen mit Reichsbankstellen oder Nebenstellen versehenen Orten Sachsens binnen kurzem herbeizuföhren geeignet ist. Er hat nämlich den an die Reichsbankhauptkasse abzuliefernden Ueberschuß der Nebenstelle, sowie die an den Reservefonds abzuliefernden Beiträge als Gewinn der Bankfiliale betrachtet und nach dem Gesetze über die Besteuerung von Aktiengesellschaften zur Einkommensteuer veranlagt. Die Reichsbankhauptstelle Dresden hat nun für die ihr unterstellte Reichsbanknebenstelle Meißen gegen diese Veranlagung zunächst Rekurs beim Stadtrat zu Meißen und, weil dies erfolglos geblieben war, bei der Reichshauptmannschaft Dresden eingelegt. Naturgemäß fand das Vorgehen des Meißner Stadtrats bei den Mitgliedern des Kreisauausschusses eine gänzlich verfehlte Beurteilung und es entspann sich darüber eine sehr lebhaft prinzipielle Debatte, an der sich die Herren Kammerpräsident Geh. Hofrat Dr. Wehnert, Kommerzienrat Stadtverordnetenvorsteher Kurz-Meißner und Oberbürgermeister Beutler-Dresden beteiligten. Scheinbar Wehnert vertrat die Ansicht, daß zunächst die Reichsbank als keine Aktiengesellschaft im eigentlichen Sinne des Wortes anzusehen sei, denn der Ueberschuß gelange nicht, wie es im Gesetze heiße, „an die Mitglieder der Gesellschaft“ zur Verteilung sondern werde an die Reichsbankhauptkasse ganz allein abgeführt. Das Reich sei aber nicht Aktionär, sondern lediglich Konzessionär der Reichsbank und die Abführung des Ueberschusses sei nur als eine an die Reichsbank zu zahlende Steuer für die stetige Verlängerung